

Impressum: 2SEITEN erscheint vierteljährlich und wird kostenlos versendet/verteilt. Fragen, Reaktionen und Hinweise bitte an: Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, 99310 Arnstadt, oder per Mail: wkb-berninger@t-online.de, oder rufen Sie an: 03628 / 660 624. Die nächste Ausgabe von 2SEITEN erscheint im März '08.

## 1 SOLIDARITÄT GEGEN REPRESSION

Im Januar 2008 steht Angelo Lucifero, in allen Punkten Einspruch eingelegt, ein hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär von ver.di in Thüringen, vor Gericht.

Weil er sich im März 2007 auf einer Demonstration gegen Sozialabbau in Erfurt mit einer Schreckschusspistole gegen einen neuerlichen Angriff von Nazis gewehrt hatte, erließ das Amtsgericht Erfurt einen Strafbefehl über eine Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung sowie eine Geldstrafe. Die Staatsanwaltschaft hielt es dabei nicht für nötig, Entlastungszeugen anzuhören, obwohl unter den Belastungszeugen bekannte Rechtsextreme zu finden sind. Gegen den Strafbefehl hat Lucifero

so dass es nun zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Erfurt kommen wird.

Bereits im März 2007 haben sich in Reaktion auf die Ereignisse die *GewerkschafterInnen gegen Rechts* gegründet. Diese rufen, insbesondere

### Solidarität gegen Repression

Am 16.1. und 23.1.2008 findet vor dem Amtsgericht Erfurt der Prozess gegen Angelo Lucifero statt. Angelo engagiert sich seit Jahren gegen Neofaschismus und Rassismus und wurde deswegen seit 1991 immer wieder von Nazis bedroht und handfest angegriffen. Weil er sich sich am 15. März 2007 gegen einen neuerlichen Übergriff mit einer Schreckschusspistole zur Wehr gesetzt hat, wurde durch das Amtsgericht ein Strafbefehl über eine Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung erlassen.



Dies ist ein Skandal, auch weil das Gericht es trotz der Tatsache, dass sich unter den Belastungszeugen bekannte Nazikader befinden nicht für nötig hielt, eine Hauptverhandlung zu eröffnen und Angelo oder die Entlastungszeugen anzuhören.

Gegen den Strafbefehl hat Angelo in allen Punkten Einspruch eingelegt, so dass es nun zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Erfurt kommen wird. Alle, die nicht wollen, dass die öffentliche Diskussion von Staatsanwaltschaft und Lokalpresse bestimmt und der Gerichtssaal von feixenden Neonazis besetzt sein wird, sind aufgefordert, zu dem öffentlichen Prozess zu kommen.

Mittwoch, 16.1. und Mittwoch, 23.1., 8 Uhr, Amtsgericht Erfurt, Rudolfstraße 46, Raum 18

auch für die angesetzten Verhandlungstage am 16. und 23. Januar 2008, zur Unterstützung auf: „Im Gerichtssaal werden sich Angelo und Rechtsextreme direkt gegenüber stehen und auf rechtlicher Ebene werden die Ereignisse im März 2007 bewertet. Darüber hinaus haben die Auseinandersetzungen ... eine politische Dimension. Unser Anliegen ist es, Angelo in dem bevorstehenden Prozess zu unterstützen, aber auch grundsätzlich die Frage der Solidarität für bedrohte AntifaschistInnen zu diskutieren und die Position der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit ... Neonazis zu hinterfragen und eine konsequentere Haltung einzufordern.“

Infos: <http://ggr.blogsport.de/>

## 2 LANDTAGSINFO

### Hahnemann: Volksbegehren - Erster Erfolg!

Der parteilose Abgeordnete und Sprecher für Innenpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dr. Roland Hahnemann, begrüßte am 18.12.07 die Feststellung der Zulässigkeit des Volksbegehrens für mehr Demokratie auf kommunaler Ebene: "Neben der Legitimation einer solchen Unterschriftensammlung als Mitwir-

kungswille der Bürger zeigt sich im Urteil der Landtagspräsidentin auch die formale Legitimität dieser bürger-schaftlichen Initiative."

Nun komme es darauf an, wie Landtag und Landesregierung sich verhielten. "Ich hoffe, dass die Herrschenden nicht wieder vor das Verfassungsgericht marschieren und sich darüber beklagen, dass das Volk mitentscheiden möchte in Angelegenheiten, die die politische Klasse bitte allein, ungestört und in ihrem eigenen Interesse entscheiden will", sagt Hahnemann.

Er hoffe, dass die Feststellung der Zulässigkeit des jüngsten Volksbegehrens auch diejenigen ermutige, die für eine andere Familienpolitik streiten. "Die kleinen Erfolge auf dem Weg zur Bürgermitbestimmung sind für mich Schritte auf dem Weg zu einer Demokratie, bei der die Bürger nicht nur am Wahltag, sondern als deren Träger zu allen Zeiten und auf verschiedene Weise mitwirken und entscheiden", meint Hahnemann abschließend.

### Hartz IV: nicht nur sozialpolitische Katastrophe, sondern auch juristischer Murks!

"Mit dem Karlsruher Urteil wird erneut deutlich: Hartz IV ist gescheitert und nicht nur eine sozialpolitische Katastrophe, sondern auch juristisch-organisatorischer Murks", erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Thüringer Landtagsfraktion der LINKEN Ina Leukefeld und fordert eine grundlegende Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik.

Arbeitslose müssen besser betreut, vermittelt, integriert und finanziell abgesichert werden, fordert die Abgeordnete und kritisiert, dass mit Hartz IV eine massive Verschlechterung der Lebenssituation der meisten Arbeit-suchenden stattgefunden hat und auch die Organisation mit dem verwaltungstechnischen Zwitterwesen ARGE unübersichtlicher geworden ist. Dabei seien die "Betreuung aus einer Hand" und der ganzheitliche Ansatz unbestritten wichtig, dürften aber Kompetenz-

### Inhalt:

Solidarität gegen Repression	1
Landtagsinfo	2
Die Akte Ramelow	3
Kluge Worte	4
Termine	5

(Fortsetzung auf Seite 2)

## LANDTAGSINFO

streitigkeiten nicht auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werden. Das derzeitige Konstrukt kranke auch an der Tatsache, dass das Land lediglich eine Dienst- und Fachaufsicht habe und sich immer mehr aus seiner Verantwortung für eine aktive Arbeitsmarktpolitik herausnehme. "Es ist aber auch Aufgabe der Landesregierung, für die Verzahnung von Beschäftigungspolitik mit regionaler Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik zu sorgen", betont Frau Leukefeld. Es

### 3 DIE AKTE RAMELOW

**„Die Akte Ramelow“. Ein Abgeordneter im Visier der Geheimdienste.** Ein Buch von Stefan Wogawa, mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine.

#### Lesung mit Bodo Ramelow

Dienstag, 29. Januar 2008, 19 Uhr  
„Kulisse“ (Kohlenmarkt 8, Arnstadt)

„Die Akte Ramelow“ ist eine eindrückliche Fallstudie des Versuchs politischer Stigmatisierung. Statt sich in demokratischer Auseinandersetzung um überzeugende Argumente und Konzepte zu messen, will man den Konkurrenten als Extremisten und Verfassungsfeind brandmarken.

Damit versucht man jedoch nicht nur Bodo Ramelow und seine Partei auszugrenzen, sondern in Thüringen immerhin fast 30 % Linkspartei-Wähler.

Vorausgesetzt, die Recherchen im Buch treffen so zu: Dann fächert „Die Akte Ramelow“ akribisch eine systematisch angelegte, bedrückend undemokratische politische Kampfaktik auf, an der über Thüringen hinaus Verfassungsschutzorgane, CDU-Politiker und Wissenschaftler der parteinahen Adenauer-Stiftung in fragwürdiger Weise zusammenwirken, ohne es mit Abgeordnetenrechten, Gewaltenteilungs- und Rechtsstaatsprinzip all zu genau zu nehmen.

Ein Kommentar von Gräfin Gerlinde von Westphalen.

### 4 KLUGE WORTE

**Schon wegen der Neugier ist das Leben lebenswert.**

Jüdisches Sprichwort

#### Kontakt im Landtag:

Sabine Berninger  
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag  
Arnstädter Straße 51; 99096 Erfurt;  
0361 - 3772302; berninger@die-linke-thl.de

#### Kontakt im Wahlkreisbüro:

Mitarbeiter: Thomas Schneider  
Zimmerstraße 6; 99310 Arnstadt;  
03628 - 660624; wkb-berninger@t-online.de  
www.sabineberninger.de

Problem der Langzeitarbeitslosigkeit praktisch kommunalisiert werde, während der Bund nur bei den Finanzen die Stellschraube drehe und sich das Land passiv daneben stelle.

### Überwachung von Abgeordneten der LINKEN durch den Verfassungsschutz sofort einstellen!

Neben Bodo Ramelow sind auch weitere Abgeordnete der LINKEN, darunter Mitglieder der Fraktion im Thüringer Landtag, von der Beobachtung durch den Verfassungsschutz betroffen. Die Situation bewertet Dieter Hausold, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, als "einen politischen

Skandal". Im Zuge von Anträgen einzelner Abgeordneter auf Auskunft beim Bundesamt sei mitgeteilt worden, dass Informationen über sie vorgehalten werden. Die Kenntnisnahme der über sie angelegten Akten werde den anfragenden Abgeordneten jedoch verweigert.

Für "unverfroren und die Freiheit des Mandats verletzend" hält Hausold die Umtriebe des Verfassungsschutzes. Er kritisiert die Rechtsauffassung des Bundesamtes, selbst parlamentarische Arbeit von Abgeordneten dürfe beobachtet werden, sogar mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Ein solches Allmachtsbewusstsein von Geheimdiensten habe er bisher nur mit Diktaturen verbunden.

Hausold fordert die Bundesregierung auf, klare demokratische Grenzen zu ziehen. "Da hält es ein Geheimdienst absurderweise ausdrücklich für gerechtfertigt, die Arbeit von Abgeordneten sogar durch Abhören und den Einsatz von Spitzeln zu überwachen", kritisiert der Fraktionsvorsitzende. "Angesichts der Konsequenzen, vor allem der Behinderung der freien Abgeordnetentätigkeit, muss die Beobachtung sofort eingestellt werden", fordert der Thüringer Fraktionsvorsitzende. "Eine parlamentarische Opposition gehört schließlich zu den Grundelementen der Demokratie."

Mehr Infos: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)



## 5 TERMINE++TERMINE

10. Januar 2008, 19 Uhr, Erfurt

**Informationsveranstaltung der GewerkschafterInnen gegen Rechts zum Prozess gegen Angelo Lucifero\***  
Radio F.R.E.I. (Gotthardtstraße 21, Erfurt)

19. Januar 2008, 12-16 Uhr, Arnstadt

**Offener Flüchtlingsrat\***

Thema: Leistungsbezug nach AsylbLG  
Frauen- und Familienzentrum (Kohlenmarkt 13)

29. Januar 2008, 19 Uhr, Arnstadt

**Die Akte Ramelow - Lesung mit Bodo Ramelow\***

Kulisse (Kohlenmarkt 8) Arnstadt

Achtung:  
Terminverschiebung!

**PolitTisch:** im **LinXX.Treff:** (Zimmerstraße 6)

**Montag, 25.02.08** 19 Uhr - Landtagsgeplauder.  
\*Kleines aus dem Thüringer Landtag\*

**Plenarsitzungen im Thüringer Landtag:**

24./25. Januar, 27./28. Februar 2008 (jeweils ab 9 Uhr)

Für weitere Termine beachten Sie bitte die Veröffentlichungen in der lokalen Tagespresse.

\* Entsprechend § 6 Abs. 1 VersG sind Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von den Veranstaltungen ausgeschlossen.